

Bearbeitungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-295  
Tel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig

50 Milliarden

Dienstag

22. Juli 1924

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

## Die Bankiers greifen ein.

### Opposition gegen das Sanktionskompromiß.

London, 22. Juli. (W.B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, daß Macdonald bei der Konferenz, die er gestern morgen mit den alliierten Hauptdelegierten der Londoner Konferenz hatte, diesen mitgeteilt hat, daß die Bankiers, insbesondere die amerikanischen, nicht geneigt seien, die für die Inkassierung des Dawesberichts unentbehrliche erste Anleihe von 40 Millionen Pfund Sterling auf die Bedingungen hin zu übernehmen, die in dem von der ersten Kommission am Sonntag verfaßten Protokoll niedergelegt sind. Die alliierten Minister hätten diese Nachricht

#### mit lebhafter Enttäuschung

und einigen Mißfallen aufgenommen. Es sei überhaupt von britischer Seite betont worden, daß der Entwurf des fraglichen Protokolls nur eine Anempfehlung bedeute, wie dies ja auch in seinem Anfangs ausdrücklich gesagt worden sei. Nach einer lebhaften Erörterung sei beschlossen worden, daß Snowden und die alliierten Finanzminister mit den amerikanischen und britischen Bankiers in dieser Frage eine Zusammenkunft haben sollen.

#### Von mittags bis spät abends

hätten die alliierten Finanzminister mit Lamont, dem Gouverneur der Bank von England, Norman, Sir Robert Kindersley und anderen die von den Bankiers aufgestellten Bedingungen erörtert. Der französische Finanzminister Clementel habe mit Mac Kenna zusammen das Frühstück eingenommen. Wie verlautet, habe er mit britischen und amerikanischen Bankiers über künftige Anleihen und Kredite für Frankreich verhandelt. Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ bezeichnet die eingetretene Störung als ernst und meint, die entschiedene Abneigung der Bankiers, die Anleihe zu unterzeichnen, sei auf die Tatsache zurückzuführen, daß sie das Protokoll der ersten Kommission für unbedeutend halten. Sie erachten die bloße Beifügung eines amerikanischen Bürgers zur Reparationskommission für den Fall eines deutschen Verzuges als einen

#### unzureichenden Schutz für die Kapitalsanleger.

da sie der Ansicht seien, daß diese Vereinbarung in keiner Weise eine unparteiische Mehrheit in der erwähnten Körperschaft verbürge. Sie schrien zu der juristischen und schiedsgerichtlichen Eignung dieser Kommission kein Vertrauen zu haben.

Offen werde der Artikel 4 des Protokolls getadelt, der ihnen in seinem zweideutigen Wortlaut für später die

#### Möglichkeit zu einem Vorwand zur Anwendung von Sanktionen

durch die eine oder andere Macht zu bieten scheine. Allgemein gesprochen seien die Bankiers der Ansicht, daß der gute Wille Deutschlands, daß in erster Linie Empfänger der Anleihe sei und die notwendigen Pfänder geben solle, für die Anleihe ebenso unentbehrlich sei, wie das Vertrauen auf Seiten der Kapitalsanleger, daß das deutsche Guthaben, welches das Pfand für die Anleihe bilden werde, gegen eine plötzliche Aktion von außen her geschützt sei.

Einige seien auch über das Eisenbahnproblem und die im Zusammenhang damit aufgestellten militärischen Forderungen der Alliierten verstimmt.

#### Lamont bei Herriot.

London, 22. Juli. (T.U.) Nach Ausgang der Zusammenkunft hatte sich Lamont nach dem Hyde-Parl.-Hotel begeben und mit dem französischen Ministerpräsidenten, wie der „New York Herald“ meldet, nahezu 4 1/2 Stunden gesprochen. Lamont legte Herriot den Standpunkt der anglo-amerikanischen Finanzkreise in der Frage der geforderten Zusatzgarantien dar. Herriot soll den amerikanischen Kapitalisten schließlich geantwortet haben, daß die innerpolitische Situation es ihm nicht ermöglichen würde, die angeforderten politischen Garantien zu gewähren. In der Londoner französisch-belgischen Kreise haben die neu aufgetauchten Schwierigkeiten einen äußerst ungünstigen Eindruck gemacht, da die in der Frage der Verfehlungen und der Sanktionen erzielte Verständigung wieder völlig zweifelhaft geworden ist. In Paris hat die neue Wendung der Dinge selbstverständlich ganz außerordentlich verstimmt. Bertinaz zufolge soll Young gestern abend amerikanischen Korrespondenten erklärt haben, daß eine Verständigung mit der französischen Politik tatsächlich ein Ding der Unmöglichkeit sei.

#### Kompromißversuche.

Paris, 22. Juli. (W.B.) Ueber die gestrigen Verhandlungen der alliierten Finanzminister mit den amerikanischen und englischen Bankiers berichtet der Sonderberichterstatter von Havas aus London, der französische Finanzminister Clementel und der belgische Ministerpräsident und Finanzminister Theunis hätten natürlich mit aller Kraft ihrer Überzeugung gegen die Ansicht der Bankiers Stellung genommen und auseinandergesetzt, daß diese dem Versailler Vertrag zuwiderlaufen, auf den Belgien keinen geringeren Wert lege als Frankreich. Man habe sich dann um andere Möglichkeiten bemüht, den Geldgebern die von den amerikanischen Finanziers verlangten weiteren Garantien zu bieten. Es verlautet, man habe angeregt, der Reparationskommission zwar die Feststellung der Verfehlungen zu übertragen, aber dem Finanzausschuß des Völkerbundes die Beurteilung der Konsequenzen einer solchen Feststellung zuzuwenden. Auch soll der

Bedanke erwogen worden sein, das Sachverständigenkomitee, das den Dawesplan abgefaßt habe, weiter bestehen zu lassen, um ihm in dieser Eigenschaft die Aufgabe zu übertragen, nach einer Verfehlung Deutschlands gegen seine neuen Verpflichtungen zu bestimmen, was geschehen solle. Angesichts der Verschiedenartigkeit der einander gegenüberstehenden Standpunkte sei gestern kein Beschluß gefaßt worden.

Wie „Eca“ meldet, hat inzwischen Theunis, der langjährige Spezialist für Vermittlungen, eine Kompromißformel ausgearbeitet.

#### Eine Warnung des Staatssekretärs Hughes.

London, 22. Juni. (W.B.) Gestern abend wurde in Anwesenheit des Prinzen von Wales in der Pilgrim Society zu Ehren des amerikanischen Staatssekretärs Hughes ein Festessen gegeben. In Erwiderung auf mehrere Ansprachen sagte Hughes nach allgemeinen Ausführungen über den Standpunkt der amerikanischen Regierung und des amerikanischen Volkes gegenüber den europäischen Angelegenheiten u. a.: Sie dürfen auf unseren Beistand bei den Maßnahmen rechnen, die notwendig sind, um die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas zu sichern. Wichtig und tatsächlich unentbehrlich ist es, daß die Methoden und die Dispositionen derart sind, daß ein solcher Beistand geleistet werden kann. Alle Erörterungen werden zwecklos sein, wenn nicht die getroffenen Bedingungen letzten Endes das kapitalanlegende Publikum befriedigen. Ich würde die Schwierigkeiten, aber ich glaube, daß der Dawesplan den Weg zum Vertrauen und zur Wohlfahrt eröffnet. Aus diesem Grund sind wir an seiner schnellen Ausführung tief interessiert. Mein Vertrauen, daß ein Weg gefunden werden wird, alle bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden, liegt in der Tatsache, daß ein Mißerfolg das Chaos herbeiführen werde.

#### Der „Temps“ über die Stimmung in Berlin.

Paris, 22. Juli. (Eca.) Der „Temps“ beschäftigt sich in seinem heutigen Beiratsartikel mit der Stimmung in Berlin gegenüber der Londoner Konferenz. Das Blatt schreibt: Die Nachrichten aus London, die uns über den Gang der Konferenz berichten, berichten gleichzeitig, welche Konzessionen Frankreich täglich macht. Wir erkennen gerne an, daß diese Konzessionen notwendig sind. Trotzdem ist es immerhin ein Verdienst, überhaupt Konzessionen zu machen. Man sollte also glauben, daß die Deutschen zufrieden wären. Trotzdem wird aus Berlin gemeldet, man sei dort nicht zufrieden, sondern enttäuscht. Der „Temps“ würde es verständlich finden, wenn die nichtdemokratischen Kreise Enttäuschung und Kritik äußerten, aber sogar der „Vorwärts“ beklagt sich über die französische Politik. Man könnte nun sagen, daß Deutschland unerfährlich sei, und daß es, je mehr man ihm nachgäbe, desto größere Enttäuschung heuchele, um immer noch mehr zu erpressen. Diese Auffassung erscheint dem „Temps“ aber zu simplistisch. Andererseits meint er, wenn man die Haltung Deutschlands als die unvermeidliche Stellungnahme eines schuldig-Millionen-Volkes erklären sollte, müsse man unbedingt die Schlussfolgerung ziehen, daß mit einem solchen Volke eine gütliche Einigung unmöglich wäre, und so gebe man aus Dummheit und Furcht Frankreich den Anschein einer unerfährlichen Nation, die die anderen Völker daran hindere, sich zu verständigen. Der „Temps“ gibt dann einen Überblick über die innerpolitischen Kämpfe in Deutschland hinsichtlich der Annahme des Sachverständigenberichtes. Man streite sich in Deutschland in der Hauptsache um die Verteilung der Reparationslasten auf die verschiedenen Bevölkerungsteile. Großindustrie und Grundbesitzer veruchten, die Lasten auf die Arbeiter abzuwälzen durch Abschaffung des Achtstundentages, während die Linken sich heftig dagegen wehrten. Dieser innere Streit in Deutschland berühre aber unmittelbar auch die Alliierten. Der „Temps“ führt zum Beweise dessen den Vorschlag von Victor Schiff (in der „Globe“) an, der darauf ausgeht, eine Volksabstimmung abzuhalten über die Annahme oder Ablehnung des Sachverständigenberichtes, die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens und die Auflösung des Reichstages. So gut wie der Vorschlag auch sei, so werde er, wenn es wirklich zu einer Volksabstimmung kommen sollte, neue Verzögerungen und neue Schwierigkeiten für die Inkassierung des Dawesberichtes mit sich führen. Welche Meinungen man auch über die Ursachen dieser Verzögerung haben könne, eines sei sicher, daß man im Auslande alles Interesse daran habe, die deutschen Linksparteien zu stützen, denn die Konferenz von London hätte wahrscheinlich umsonst gearbeitet, wenn die Linksparteien bei dieser von Schiff vorgesehene Volksabstimmung geschlagen (?) würden.

#### Auswärtiger Ausschuß.

##### Besprechung der politischen Lage.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Abg. Müller-Franken zusammen. Er nahm zunächst eine Darlegung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann über die politische Gesamtsituation entgegen und hörte dann Berichte des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht über das Bankgesetz, des Staatssekretärs Trendelenburg über die Industrieobligationen und des Reichsverkehrsministers Döser über das Eisenbahngesetz an.

Die Aussprache über die Mitteilungen soll erst morgen erfolgen. Die Einzelheiten der Verhandlung sind bekanntlich nach der Verfassung als vertraulich zu behandeln.

## Weltrevolution oder —?

### K.P.D.-Politik und ihre Folgen.

Inwiefern es den Führern des deutschen Kommunismus mit ihren weltrevolutionären Absichten ernst ist, läßt sich schwer feststellen. Sicher ist, daß sie zur Erhaltung ihrer Parteien gegenüber den abgefaßten „Revisionslisten“ wie Thalheimer und Brandler und wegen ihrer Abhängigkeit von Moskau genötigt sind, nach außen hin den allergrößten Eifer in dieser Richtung zu manifestieren. Die unmittelbaren Folgen dieser Haltung sind für die Anhänger der kommunistischen Partei schmerzhaft. Denn für jedes noch so draconische Vorgehen der Gerichte und der Verwaltung wird durch die Erlasse der kommunistischen Parteileitung die Begründung geliefert. Daraus erklärt sich dann die Art, wie mit der Immunität der kommunistischen Abgeordneten umgegangen wird, erklären sich auch Urteile wie das neueste von Königsberg. Gegen revolutionäre Arbeiter vorzugehen, ist reaktionären Behörden ein Vergnügen, und man macht es ihnen ja so bequem. . . .

In weiten Kreisen der Bürgerlichen herrscht gegenüber dem Kommunismus eine jähstichtige „Festdruff“-Stimmung. Die Sozialdemokratie hat ein Recht, vor einer solchen Stimmung zu warnen und aus dem demokratischen Rechtsgefühl heraus gegen eine ungleiche Behandlung der Umstürzler von rechts und jener von links zu protestieren. Sie verneint nicht die Notwendigkeit, den Staat gegen gewalttätige Bedrohung zu schützen, wendet sich aber gegen allen Ueberreifer und Ueberchwang ganz besonders dann, wenn es sich nur gegen eine Seite richtet.

Die „Linken“ kommunistischen Führer haben ein Recht zu solchen Verwahrungen nicht. Wer nichts anderes kennen will als Entscheidungen der brutalen Gewalt, muß sich mit ihnen abfinden, solange ihm die Kraft fehlt, sie zu ändern. Die Kommunisten erklären selbst, daß sie für den „Masse-terror“ sind, daß sie im Fall ihres Sieges, ja schon im Kampf um ihren Sieg entschlossen sind, gegen ihre Gegner mit allen Gewaltmitteln vorzugehen. Sie würden sich in einem solchen Fall um parlamentarische Immunität nicht kümmern und sentimentalen Bedenken keinen Raum geben. Es ist also eine grobe Inkongruenz von ihnen, wenn sie sich auf ihre Immunität berufen, gegen brutale Urteile an die Menschlichkeit appellieren und Amnestie fordern. Wer selber erklärt, daß er keinen Pardon geben will, darf logischerweise auch für sich selber keinen verlangen.

Dieser Inkongruenz würden sich die kommunistischen Führer nicht schuldig machen, wenn sie ernstlich an den nahen Sieg ihrer Sache glauben. Wer durch revolutionäre Gewalt Gefangennahme sprengen will und kann, bringt keine parlamentarischen Amnestieanträge ein und jammert nicht über Verletzung der Immunität.

Tatsächlich liegen ja die Dinge so, daß auch dem kurz-sichtigsten Auge die Ohnmacht der Kommunisten mit jedem Tage sichtbar wird. Jeder Druck, den die Kommunisten auszuüben versuchen, wird mit hundertfach stärkerem Gegendruck beantwortet. Das Mißverhältnis der Kräfteverteilung ist so offenkundig, daß im Bürgertum auch der letzte Rest von Kommunistenangst verlorengegangen ist. Wären nicht die blutrünstigen Bernegrosch-Reden, so fände der Kommunismus als der ständig unterliegende schwächere Teil weit über seine eigenen Kreise hinaus Sympathie. Jene blutrünstigen Bernegrosch-Reden aber imponieren keinem mehr und schüchtern keinen mehr ein, sie scheinen nur noch den einen Zweck zu haben, daß sich aus ihnen jede noch so harte Maßregel gegen die Kommunisten begründen läßt!

Selber die Guillotine zu schmieren, mit der man geköpft wird, das scheint uns eine sehr schlechte revolutionäre Taktik zu sein.

Was all dem droht eine gefährliche Abstumpfung des Rechtsgefühls. Die Kommunistenverfolgung mechanisiert sich. Putschvorbereitungen, die da oder dort ausstehen, werden zwar nicht mehr recht ernst genommen, aber mit der ganzen Schärfe des Befehles unterdrückt. Alle gegen die Kommunisten ergriffenen Maßregeln werden von der breiten Öffentlichkeit mit kritiklosem Gleichmut betrachtet, ja die eigenen Proteste der Kommunisten gegen sie wirken unecht und gespielt. Wie soll auch ein kommunistischer Redner mit überzeugend wirkender Ueberzeugung an Recht und Menschlichkeit appellieren — man wird ihm unzählige Zitate aus seiner eigenen Parteiliteratur vorhalten können, in denen Recht und Menschlichkeit als Faktoren im Klassenkampf gänzlich negeiert werden!

Bebel sprach einmal davon, welche erbärmliche Lage es sei, immer nur den Buckel hinhalten zu müssen für die Prügel, die man empfangt. In dieser erbärmlichen Lage befindet sich heute die kommunistische Partei weit mehr als jemals die Sozialdemokratie in der Kaiserzeit. Sie hat sich selber in sie hineinmanövriert und findet aus ihr keinen Ausweg.

Wögen die Kommunisten nun ihrem gepreßten Herzen in Schimpfereien gegen die Sozialdemokratie Luft machen. Das ist eine psychologisch nur allzu begreifliche Erscheinung. Denn nichts ist schwerer, als einen begangenen Irrtum einzugestehen, und darum wird es noch lange dauern, bis die Kommunisten den Sozialdemokraten verzeihen werden, daß sie ihnen gegenüber Rechte behalten haben! Wie ließe sich heute noch verbergen, daß die Kommunisten die ganze Entwicklung der Welt nach dem Kriege falsch eingeschätzt haben und daß sich die sozialdemokratischen Warnungen vor falschen Voraussetzungen und aus ihnen gezogenen Schlüssen nur als allzu berechtigt erwiesen. Der Kommunismus in seinem

heutigen Zustand ist ein Element der Schwäche für die politische Arbeiterbewegung.

Senkeits aller weltrevolutionären Phantasien geht der praktische Kampf um Reparationsregelungen und Lastenverteilung, um Arbeitszeit, Löhne, Steuern. Er kann nicht anders geführt werden als mit den Mitteln der politischen Demokratie und der gewerkschaftlichen Praxis. Was haben die Kommunisten in diesem Kampf um wirkliche Arbeiterinteressen anderes beizutragen als reine Redensarten?

Es gab eine Zeit, wo „die bolschewistische Gefahr“ wenigstens als Druckmittel wirkte, um sozialdemokratische Forderungen durchzusetzen, wo das Bürgertum aus Angst vor drohenden „Räterepubliken“ bereit war, dem „gemäßigten Flügel der Arbeiterbewegung“ Konzessionen zu machen. Diese Zeit ist längst dahin. Sollte heute jemand den Unternehmern durch Hinweise auf die „Bolschewistengefahr“ Zugeständnisse entlocken, sie würden ihm ins Gesicht lachen. Heute besorgt der Kommunismus als Zersplitterer der Arbeiterschaft die Geschäfte der Reaktion und wird dafür noch geprügelt!

Die Schule der Tatsachen ist hart und gründlich. Die Stunde kann nicht mehr fern sein, wo die Einsicht der Arbeiterklasse dieser Tragödie ein Ende macht, das einzige, das sie finden kann: durch die Liquidierung der kommunistischen Theorie und Politik.

### Komintern-Säuberung.

Auf das große Schaengericht des Komintern-Kongresses in den zaristischen Brunnhären des Moskauer Kreml folgt jetzt eine Reihe fast tragikomisch zu nennender Nachgerichte. Die hohe Exekutive hat sich erneut versammelt und beschließt darüber, wer auf Grund der Beschlüsse des Weltkongresses aus der alleinigmachenden Kirche auszuschließen sei. Die Zahl der Sünder ist groß, es gibt kein Land, in dem nicht die Hohenpriester der Komintern die Spätster in dem Auge ihrer nächsten Brüder zu entdecken vermöchten. Eigentlich müßten sie alle hinausgeworfen werden, die Kadel, Brandler, Smeral usw., aber auch in der kommunistischen Kirche ist der Opportunismus zu Hause. Der Hinauswurf vollzieht sich nicht nur entsprechend den Sünden und Missetaten, sondern ist auch abhängig von der organisatorischen Stärke, die die einzelnen Sünder in ihren Parteien noch verkörpern. Soweit haben die Moskauer doch schon begriffen, daß es nicht gut ist, noch mehr Anhang zu verlieren, als es dank Sinowjew in so vielen Ländern schon geschehen ist. So schwimmt der Oberopportunist Smeral immer noch lustig im Strome. Zwar ist er ein ärgerer Sünder als Kadel, Brandler, Thalheimer und alle Menschewisten zusammen, aber noch hat er einen gewissen Einfluß in der tschechischen kommunistischen Partei, und die von Sinowjew angestellten Kaufwürde haben noch nicht gut genug gearbeitet.

Aber da ist Boris Souvarine, der keine große Führer der französischen Kommunisten, der Mann, der noch vor Jahresfrist Trotski ganz und Gachin beinahe hinauswarf. Heute ist er gänzlich einflußlos geworden. Sein Eintreten für Trotski auf dem Weltkongress, für denselben Trotski, der auf diesem Kongress nicht ein Wort geredet hat (!), mußte ihm das Genick brechen. Und so wird denn den Gläubigern Sinowjews in der „humanität“ verkündet, daß Boris Souvarine aus der kommunistischen Internationale ausgeschlossen ist. Ein Jahr lang darf er in Sack und Asche Buße tun und vielleicht, wenn er es nicht macht wie Paul Levi, kann er auf dem 5. Weltkongress wieder in Gnaden aufgenommen werden.

Da ist auch Höglund, der schwedische Diebsteck, wie ihn die Bolschewisten früher nannten. Er ist des Opportunismus schon mehr wie deranged verdächtig. Die Hohenpriester versammeln sich in Moskau. Thalmann, der Hamburger Revolutionär, erstattet über Höglunds Sünden Bericht, die zahlreicher sind, denn der Sand am Meer und erklärt, daß Höglund unbedingt zu Kreuze kriechen und seine eigene Desavouierung durch die Exekutive schleppen müsse. Aber Höglund vertritt die Mehrheit seiner Partei, die „Linken“ scheinen selbst Sinowjew und Kompagnie nicht gerade erstklassige Leute zu sein und so versucht man es noch einmal mit gutem Zureden. Höglund erklärt jedoch nach dem Bericht der „Pravda“, daß er das „Unmögliche nicht möglich machen kann“. Er hat die Mehrheit seiner Partei hinter sich und offenbar denkt er nicht an eine

Unterwerfung. Wo auch Höglund wird hinausgeworfen werden müssen, und damit wird die kommunistische Partei Schwedens, diese ungeheure „Kontingente der Weltrevolution“, von neuem gespalten. Die Krise der Komintern soll angeblich auf dem 5. Weltkongress überwunden sein, die Tatsachen zeigen, daß sie fort-dauert und fort-dauern muß.

### Militaristen-Spielerei.

#### Schießrohr und Kommunisten.

Am 8. Juli fand in Essen eine geheime Sitzung der militärischen Leiter der KPD. (Unterbezirk Essen) statt. Der Vertreter der kommunistischen Reichszentrale erklärte im Verlauf der Besprechung u. a. folgendes:

„Der bisherige Ankauf von Waffen ist eingestellt worden, da die Mittel dazu nicht mehr vorhanden sind. Die Exekutive und die russische Partei können uns die Mittel nicht mehr zur Verfügung stellen. Deshalb, Genossen, heißt es zur Selbsthilfe greifen und dort die Waffen holen, wo sie zu haben sind. Jeder rote Soldat hat sich eine Waffe zu besorgen, denn das Schießrohr gehört zu jedem Kommunisten. Die Partei wird selbst in finanzieller Hinsicht in Kürze gezwungen sein, sich die nötigen Gelder zu verschaffen, gleichviel, wo sie hergenommen werden. Aber Genossen, es heißt jetzt in aller Eile an die Durchführung der Anweisungen zu gehen, um die Partei schlagfertig zu machen und dem drohenden Angriff der Bourgeoisie zu begegnen. Die beste militärische Organisation der Partei ist die des Bezirks Ruhrgebiet, welche in der letzten Zeit bewiesen hat, daß sie praktische Arbeit leistet. In kurzer Zeit wird das Verbot der Partei erfolgen, deshalb ist die Arbeit sofort in die Praxis umzusetzen. Jeder Genosse muß bestrebt sein, ein roter Offizier und Führer zu werden, um bei Ausbruch des Kampfes fähig zu sein, die aufstrebenden Massen zu führen. Außer Parteilgenossen dürfen in den militärischen Apparat keine Sympathisierenden aufgenommen werden. Zum militärischen Apparat gehört der Nachrichtenendienst, auf den auch besonderer Wert zu legen ist. Allen diesen Aufgaben wird die militärische Zentrale der Partei ihre größte Aufmerksamkeit widmen und jede Nachlässigkeit in dieser Beziehung befeitigen.“

Die Erklärungen des Vertreters der kommunistischen Zentrale, die von der kommunistischen Presse natürlich bei der ersten besten Gelegenheit besprochen wird, ohne dadurch jedoch an Wert zu verlieren, bestätigen, daß die kommunistische Partei keine Ideale hat, sondern darauf ausgeht, auf dem Wege des Verbrechens sich durchzusetzen. Mit einer solchen „Partei“ kann es für uns keine Gemeinschaft geben.

### Die Koalitionskrise in Oldenburg.

Aus Oldenburg wird uns geschrieben: Bekanntlich ist Oldenburg der einzige deutsche Freistaat, der kein aus dem Landtage hervorgegangenes parlamentarisches Ministerium besitzt. Seit länger als einem Jahre stehen die Parteien in Unterhandlungen miteinander, um angeblich dieses Ministerium zu bilden und die seinerzeit eingeschickte Beamtengouverneur abtreten zu lassen. Da bisher jedoch alle Besprechungen über eine große wie eine kleine Koalition resultatlos verliefen, wagte das aus drei höheren Staatsbeamten bestehende Ministerium einen Schritt, der eine Herausforderung insbesondere der Mittel- und Linksparcie des Landtags darstellt. Der Ministerpräsident v. Zisch richtete an die Fraktionsführer ein Schreiben, in dem er namens der drei Minister erklärte, daß die Regierung die seinerzeit abgegebene Verpflichtung, sofort zurückzutreten, sobald die Parteien sich auf ein neues politisches Ministerium geeinigt hätten, als für nicht mehr bindend bezeichnete. Dieser Schritt erregte in der Öffentlichkeit starkes und berechtigtes Aufsehen; um so mehr, als man wußte, daß diese Stellungnahme ganz im Sinne der beiden Rechtsparteien (Deutschnationale und Volksparteier als der ausgesprochenen Gegner eines parlamentarischen Ministeriums mit Einschluß der Sozialdemokraten) liegt. Die Vertreter unserer Fraktion wie die der Demokraten und des Zentrums wurden daraufhin bei dem Ministerpräsidenten vorstellig und dieser erklärte im Beisein der übrigen Minister, daß er nach Kenntnisnahme der Einsprüche der Fraktionen die Regierung sich dem Willen der Mehrheit des Landtages in dieser Frage auch ferner fügen werde. Der Vorgang sollte für die Parteien der früheren kleinen Koalition ein Ansporn sein, ernsthafter als bisher das Zustandekommen einer parlamentarischen

Regierung anzustreben. In der Tat haben auch wieder neue Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum eingeleitet, ob diese jedoch zu einem Resultat führen werden, das ist zurzeit noch sehr ungewiß. Zumal das Zentrum die Forderung stellt, daß nicht die früheren Koalitionsminister, sondern „neue Männer“ die zukünftige politische Regierung stellen müssen. Eine Forderung, hinter der mancherlei Absichten verborgen liegen.

### Der Justizskandal von Borkum.

In Borkum ist der völkische Terror so weit gediehen, daß jübische Staatsbürger Gewalttätigkeiten ausgeübt sind. Diesen Zustand feiert das bekannte Borkumlied. Der Regierungspräsident in Aurich hatte zur Befreiung dieser polizeiwidrigen Zustände die nachgeordneten Behörden angewiesen, der von der Gemeinde angestellten Kurkapelle das Spielen des Borkumliedes zu verbieten. Der Landrat von Emden hatte diese Anordnung der vorgesetzten Behörde zur Durchführung zu bringen.

Als die völkischen Heher sahen, daß sie den Nachmitteln des Staates weichen mußten, wandten sie sich an den Amtsgerichtsrat von Steuber. Dieser hat am 27. Juni 1924 eine einstweilige Verfügung in Sachen der Gemeinde Borkum gegen den preussischen Staat, verordnet durch den Regierungspräsidenten in Aurich, erlassen, die einen auffälligen Mangel an Rechtskenntnis und an Objektivität zeigt. Sie untersagt „dem preussischen Staate“ und den ihm nachgeordneten Stellen, die Kurkapelle an dem Spielen des Borkumliedes zu hindern, und droht „dem preussischen Staate“ für jeden Fall der Zuwiderhandlung eine Geldstrafe von 100 000 Goldmark (!) an.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags richtete deshalb am 18. Juli folgende Große Anfrage an den Justizminister:

1. Hat der Herr Justizminister gegen diesen Richter ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele auf Dienstentlassung eingeleitet oder gedenkt er es zu tun?
2. Ist wegen Beleidigung des Regierungspräsidenten, dem bewußte Rechtsbeugung vorgeworfen wird, ein Strafverfahren gegen den Amtsgerichtsrat von Steuber anhängig?
3. Ist es richtig, daß der Amtsgerichtsrat von Steuber in einem nahen Verwandtschaftsverhältnis zu dem Haupt der völkischen Heher in Borkum, dem Pastor Rindmeyer, steht?
4. Ist der Herr Justizminister nicht auch der Meinung, daß ein Richter, der, unter Mißachtung elementarster Rechtsbegriffe, in einer Angelegenheit der reinen Verwaltungshoheit den „preussischen Staat, vertreten durch den Regierungspräsidenten in Aurich,“ mit Androhung hoher Strafen in ein Zivilprozessuales Verfahren zieht und dabei über die Vollmacht und Legitimation des von ihm Begünstigten hinweggeht, den Verdacht auf sich lädt, das Verbrechen der Rechtsbeugung (§ 336 Str.G.B.) begangen zu haben?

### Das Ende einer völkischen Lüge.

Eine jener völkischen Lügen, wie sie heute massenweise auftreten, kam am Sonnabend vor dem Amtsgericht Oldenburg zum Vorschein. Dort war von völkischer Seite dem Landesarbeiter Dr. Genossen Graeger und weiter dem Oberbürgermeister Dr. Boerly und dem Bürgermeister Fimmen Amtsmissbrauch vorgeworfen worden. Die drei sollten nämlich aus der Wohlfahrtskasse der Stadt Oldenburg „im Ueberfluß lebenden reichen Jüdinnen“ Unterstüßungen zugewendet haben. In der Gerichtsverhandlung nahmen die Angeklagten die aufgestellten behaupteten Behauptungen als frei erfunden zurück, nachdem sie vorher in sehr dreister Weise ein großes Aufhebens davon gemacht hatten. Das Gericht verurteilte den Erfinder, einen gewissen Rieselhorst, zu neun Monaten Gefängnis, ferner die Redakteure des „Niedersachsen-Herald“ in Bremen und des „huber Wochenblatt“ sowie einige andere Personen zu Geldstrafen von 50 bis zu 500 M.

Justizreform in Sachsen. Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 18. Juli eine Veränderung der Verordnung vom 12. Dezember 1923 über den bedingten Ausschub der Strafvollstreckung beschlossen, während bisher Ausschub bzw. Bewährungsfrist bei Strafen bis sechs Monaten Gefängnis von den Gerichten ausgesprochen werden konnte, ist die Grenze jetzt bis auf ein Jahr Gefängnis erhöht worden.

## Bayreuth.

(Zur Eröffnung der Festspiele.)

I.

Man muß weit zurückgreifen, um den Begriff Bayreuth und seine ideale Bedeutung richtig zu fassen. In den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts gab es noch einen Kampf der deutschen Musik gegen das Ausland, ein Ringen um die Weltvorberrschung. Das war der künstlerische Parallelfall zu den politischen Bestrebungen eines geeinten Reiches. Die nationale Welle schlug hoch, und man konnte bei dem bekannten Klang des Schicksalsdrufes „Deutschland in der Welt vortan“ tatsächlich Bismarck und Wagner als die größten Exponenten des deutschen Willens und Wesens ansehen. Das Genie Wagner kämpfte um die Sonderstellung der deutschen Musik und zugleich um die Weihe der Opernkunst, um den Ausdruck, um den Stil einer neuen Musik. Die große Oper, bei der die Musik zum eigentlichen Zweck einer großartig belebten Bühnenschau gemacht war, sollte abgelöst werden durch das Musikdrama, indem das Wort, die Dichtung, die geistige Handlung in den Vordergrund trat und durch die Musik als Mittel zum Ausdruck gehoben wurde. Das Pathos, der lächerliche Gehalt, ja, das ethische Element sollte dominieren auf der Bühne, Musik dienen dem Wortes sein. Das war sie nun bei dem Schöpfer Wagner gar nicht. Das Größte an Eindrücken vermittelte trotz geschwundener dem Text der neue Klang, die Tritik, das Chroma einer ungeheuer spannenden und lebenden Orchesterpraxis. Alles Spielerische, Phantastische, Märchenhafte schied aus, das Leben der einzelnen wie der Gesamtheit sollte im Brennspiegel hoher erhabener Gefühlen eingeleitet werden. Das deutsche Volk selbst sollte sich in Siegfrieds Wesen, in Sachsens Charakter, das menschlichste Mitleiden in Parsifal, das entschuldigende Verzeihen in „Tristan und Isolde“ wiederfinden und erkennen. Im Scheinbild der Bühne also sollte die Welt sich still orientieren und edler werden. Das waren Ideen, die nicht nur gegen Meyerbeer, Spontini, Verdi und Rossini gerichtet waren, sondern auch gegen die lebenssträufende Welt Mozartscher Typenmenschen, Ideen gegen eine reine Freude an absolut freiem, vorbehaltlosem Musizieren, das ohne Pathos, ohne erzieherische Zwecke, ohne dramatische Voraussetzung war. Zum Glück übertrat Wagner, das schöpferische Genie, in der Praxis alle seine Theorien. Aber die Stare seiner Theorie zeigte sich in der Unfruchtbarkeit seiner Schule, die — bis auf Wagner und Siegfried Wagner — nur noch pappstulichen Charakter, aber keinen originalen Einfall mehr hatte.

II.

Der Kampf von damals — heute lohnt er sich nicht mehr; er ist in diesem Punkt zumungunsten des Musikphilosophen Wagner ausgefallen. Aber Bayreuth schuf, indem es Wagners Werk und Willen ganz in sich einzog, einen neuen Stil der Darstellung. Individuallitäten wie zu den Festspielen sah man in der Welt kaum mehr zusammen, Namen wie Niemann, Berg, Hill, Vogel, Scaria, Reichmann, Bertram, Kraus, die Materna, Sucher, Goubranjon, Reuh, Schumann-Hoink, Lehmann, Grandjean, dazu die Dirigenten Richter,

Levi, Mottl, Seidl — nur ein ganz starker, autokratischer Wille konnte solche Künstler dem eigenen Wort und Werk so slavisch untertan machen. Sie stellten alle ihre eigene, ursprüngliche Originalität in den Schatten, und es leuchtete und klang aus jeder Gebärde, jedem Ton, jedem Schritt und jedem Akt nur der Eigentümer, das Wort und der Befehl Richard Wagners. So wurde Bayreuth eine Stillschulung, selbst in der starren Regie ein Muster für die Welt. Wilt das alles noch? Der gleiche Stil des Singens, Schreitens, Stühhaltens, die gleiche Objektivität der Szene. Wo ist im demokratisierten Volk ein Einziger, der es heute wagen könnte, der es erreichen würde, die Kunst nach sich allein zu dirigieren? Wagner ist eine Ausnahmeerscheinung in einer Zeit, in der er allein Kunstrevolution machte. Hat sie unverändert Platz in diesen Zeiten, in denen mit seinem Tode grundlegende Ummwälzungen dieser einen Ummwälzung vor sich gegangen sind? Auch diese Frage bleibt offen, so lange, bis ein faszinierender Mann von der suggestiven Ausdrucksgewalt Wagners wieder am Werke ist. Seiner Zeit hat er künstlerische Spuren eingebracht von plastischer Liek. Ein halbes Jahrhundert leitete kein Spiel, Stil- und Bühnenausdruck Befehle von seinem Wert ab. Aber vom Drama, vom Wort weg sucht sich eine neue Opernmusik, die den Weg zu Mozart und Hindel sucht. Sie wäre am Ende, wenn sie ein großes Pathos zum Klischee werden, wenn sie nicht die Musik wieder zur Herrscherin im Reich der Phantastischgebilde werden läßt. Genau so, wie es Wagner für seine Zeit geleistet hat. Er wollte zuerst Dichter sein und wurde ein umfassender, Wort, Szene und Aktion stürmisch überrennender Großmüller.

Bayreuth war und ist Siegesverwahrer Wagnerscher Idee, die nur noch halb für uns Geltung hat. Hier ist Tradition für Stil und Ausdruck, herrlich in ihrer Art, ein Signal für die Internationale, die hier zusammenkam, mit allen Zeichen genialer Einseitigkeit. Bayreuth ist so gegen die Zeit mit allen Strahlungen und Strömungen gerichtet, absichtsvoll, läßt, ein Werk künstlerischer Inzucht. Den Anregungen des Bayreuther Festspiels sind Millionen willig und gern Opfer geworden. Und wurden in sich reicher. Rag immer das Ideale, mit starken merkanitischen Gefühlen oder Notwendigkeiten verbunden gewesen sein — aus dem Fluß des Goldes wurde schließlich der Steg der Liebe. Man geht nach Bayreuth, nur um im Tempel der Liebe, der Kunst, des Genies zu lauschen, still zu werden mit der Sehnsucht im Herzen. Wird sie erfüllt werden wie vor 20 Jahren? Wir werden ehrlich Antwort geben.

Dr. Kurt Singer.

Die erste türkische Aerstin. Frau Dr. Safiye Ali, die türkische Pionierin für die Befreiung der Frau und der erste weibliche Arzt in der Türkei, weilt zurzeit in London, wo sie Delegierte am „Internationalen Kongress der Aerstinnen“ teilnimmt. „Ich bin der Pionier der weiblichen Aerzte in der Türkei“, erklärte sie einem Berichterstatter, „und manchmal möchte ich, ich wäre es nicht. Mich tröstet indessen der Gedanke, daß ich nicht lange allein sein werde, und daß sich mir andere Damen anschließen werden, die meinem Beispiel gefolgt sind. Eine Studentin bereitet hier in London und zwei andere besichtigen in deutschen Kranien-Sankten. In

Konstantinopel ist Arbeit genug für eine unbegrenzte Zahl von uns. Im allgemeinen kann man den Gesundheitszustand der türkischen Frau als befriedigend bezeichnen, obgleich infolge der schlechten Wohnungsverhältnisse die Tuberkulose unter ihnen häufig auftritt. Zum Glück machen es unsere Religionsgelehrte jeder Türkin zur Pflicht, täglich ein Bad zu nehmen und sich vor dem Essen zu waschen, was seine günstige Wirkung auf den Gesundheitszustand um so weniger verfehlt, als es der türkischen Frau überdies verboten ist, berauschende Getränke zu trinken. Als ich mich entschloß, mich der ärztlichen Laufbahn zu widmen, war es den Türkinen noch nicht gestattet, sich beruflich zu betätigen. Ich ging deshalb nach Deutschland, um dort meinen akademischen Grad zu erwerben. Zwei Jahre später war der Umschwung erfolgt, und die die Frau an der Berufstätigkeit hindernde Befehle wurden befeitigt, so daß es mir möglich war, mich in meinem Vaterland als Aerzlin niederzulassen. Heute studieren unsere jungen Mädchen mit den Männern zusammen an den türkischen Schulen.“

New York in Erdbebengefahr? Professor David Todd, Astronom am Observatorium Lick, veröffentlichte kürzlich die folgende Erklärung: „Die Stadt New York kann jeden Augenblick von einem Erdbeben erschüttert werden. Wenn man nicht überhaupt mit der Suche nach Petroleum aufhört, so werden sich auf unserem Planeten durchgreifende Änderungen vollziehen. Das ganze Territorium der Vereinigten Staaten ist bedroht, aber ganz besonders New York wegen der geologischen Formation seines Unterbodens. Erdstöße erfolgen, wenn zwei unterirdische Schichten unter sehr hohem Druck gegeneinander verschoben werden.“ Nach den weiteren Erklärungen Todds ist das namentlich der Fall bei den Bodenverhältnissen von Manhattan, wo der Druck durch die New Yorker Wolkenkratzer übermäßig gesteigert wird. Wenn die Katastrophe eintritt, dürfte sie ungleich größer werden als das Erdbeben von Tokio am 1. September vorigen Jahres.

Man wird gegenüber dieser alarmierenden Nachricht wohl abzuwarten haben, wie sich die amerikanischen Geologen zu dem Unkenruf äußern.

Operation Heilung von Lippen. Lippen entsteht, wenn die Junge beim Ausprechen der Zischlaute nicht hinter der unteren Zahnreihe bleibt, sondern zwischen die Zähne oder hinter die obere Zahnreihe gelangt wird. Der Fehler beruht in manchen Fällen auf einer zu langen Zunge. Professor F. Franke (Braunschweig) heilt, wie wir der „D. med. W.“ entnehmen, einen solchen Fall bei einem jungen Mädchen, indem er in Lokalanästhesie nach Vorziehen der Zunge mittels zweier in sie geleiteter Haltefäden durch einen queren Bogenschnitt ein Stück der Zungenspitze entfernte. Nach der Naht hatte die Zungenpitze wieder die alte Form. Glatte Heilung und promptes Schwinnen des Sprachfehlers waren das Ergebnis. In Fällen, bei denen jede Uebungstherapie verfehlt, wäre diese einfache Operation zu versuchen.

Zwei Millionen Einwanderer in Frankreich. Während die Zahl der Franzosen selbst nur in sehr geringem Maße zunahm, wuchs die Zahl der Einwanderer ständig. Sie betrug 1921 über 17, Millionen und ist im Jahre 1922, wie in der „Allgemeinen Wochenzeitung“ mitgeteilt wird, auf über 2 Millionen angewachsen. Davon liegen sich mehr als 400 000 in Paris nieder.

## Zur Eisenbahnfrage.

Die „Nate Fahne“ bringt heute früh unter sensationeller Aufmachung ein angebliches Privattelegramm aus London, wonach die Reichseisenbahner durch die bevorstehende Neugestaltung der Reichsbahn auf Grund des Sachverständigengutachtens den Beamtencharakter verlieren sollen und in großer Zahl entlassen werden. Diese Behauptung wird von zuständiger Stelle als vollkommen wahrheitswidrig bezeichnet. Die Eisenbahner, die jetzt Reichsbeamte sind, werden in Zukunft Reichsbeamte mit den gleichen öffentlich-rechtlichen Befugnissen und Pflichten sein. Auch die Reichsbahndirektionen usw. behalten ihre öffentlichen Befugnisse. Durch die Neugestaltung auf Grund des Sachverständigengutachtens wird an dem Beamtencharakter der Eisenbahner nichts geändert. Betreffend die angeblichen Massenentlassungen handelt es sich um die Wiederholung einer bereits dementierten Falschmeldung.

### Deutsche Stellungnahme gegen die Befassung von 4000 Regieeisenbahnern.

W.B. meldet: Zu dem angeblichen französischen Plan, bei Rückgabe der Sirenen des besetzten Gebietes an die Deutsche Reichsbahn trotz sonstiger Liquidation der Regie 4000 französische und belgische Eisenbahner in den Betrieb der rheinischen Eisenbahnen zurückzulassen, wird uns aus Eisenbahnsachkreisen erklärt:

Ein solches Verlangen geht nicht nur über die Bestimmungen des Vertrags von Versaillen und den Plan der Sachverständigen hinaus, sondern es widerspricht direkt dem Geist des Dawes-Gutachtens, das die wirtschaftliche Souveränität Deutschlands wahren, die Reparationsfrage auf rein wirtschaftlichem Wege ihrer Lösung zuführen und dazu die Einheit der deutschen Verwaltung wiederherstellen will. Die Deutsche Reichsbahn kann die ihr zugedachten Reparationslasten auch nur dann voll tragen, wenn ihr Gesamte wieder wie früher eine wirtschaftliche Einheit bildet und nach den Grundgesetzen höchster Wirtschaftlichkeit betrieben wird. Vorbedingung dafür ist, daß Reibungen und Störungen des Betriebes gerade im rheinischen Verkehrsgebiet, von dem aus sich der Betrieb und Verkehr des übrigen Reichsbahngebietes bestimmen, ausgeschlossen werden. Solche Störungen sind aber unvermeidlich, wenn dort 4000 Franzosen und Belgier als ein Fremdkörper im Personal der Deutschen Reichsbahn sitzen. Die im Bahnbetrieb geradezu unerlässliche Einordnung und Unterordnung sowie das dienstfreundliche Zusammenarbeiten aller Personalgruppen wären unerreichtbar, wenn in einem Teil des Reiches fremdländische und fremdsprachige Beamte im Dienst mitwirkten. Aus dem Bedürfnis der Praxis ist der französische Plan sicher nicht entstanden, da die Belange der alliierten Truppen durch das Rheinlandabkommen und die Dekretierungen der Rheinlandkommission sichergestellt sind und Schwierigkeiten für die alliierten Truppen vor der Rubrikation sich nie gezeigt haben. Wie während der positiven Resistenz die Versorgung der englischen Truppen durch Abmachungen mit den Eisenbahngewerkschaften durchaus sichergestellt war, würde sich umschweren auch jetzt ein Weg für entsprechende Sicherungen finden lassen. Schon aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen heraus ist deshalb der französische Plan unannehmbar.

## Verleumder am Pranger.

Aus Oldenburg wird uns geschrieben:

Am März d. J. bei Beginn der Wahlbewegung wurde von deutschpöblischen Wanderrednern überall erzählt, der Oberbürgermeister Dr. Goerlich sowie der Bürgermeister Timmen hätten reichen Jüdinnen Wahlfahrtsunterstützungen in größerer Höhe zu leisten lassen, während dem Arbeiter Kieselhorst solche Unterstützung sowie auch die Arbeitslosenunterstützung verweigert worden sei. Kieselhorst hatte dann sich an unsern Genossen, Landesarbeiterrat Graeger, gewandt und dieser habe ihm erklärt, mit Rücksicht auf die uralte Erregung, die dieser Vorgang auslösen könne, müsse der Fall sorgfältig geprüft werden. Graeger habe ihm dann einmal im Auftrage des Oberbürgermeisters eine größere Geldsumme als Schweigegehalt angeboten, wobei Graeger aus eigenem Antriebe ihm eine mögliche Rente und die Versorgung mit Lebensmitteln und Winterheizung zugesagt habe. Unser Genosse beantragte, als ihm die Dinge bekannt wurden, bei der Staatsanwaltschaft die Eröffnung der Verleumdungsanklage, die abgelehnt wurde, weil ein öffentliches Interesse nicht vorliege. (1) Auch ein Antrag, die Privatklage zu erheben, wurde abgelehnt mit dem Bemerkten, daß alle Privatklagen bis zum 1. April 1924 ruhen. Bald darauf erließen in deutschpöblischen „Niederachsenherald“ in Bremen (31. März) und am 5. April in der deutschpöblischen „Haber-Zeitung“ ein Artikel mit der Ueberschrift „Hinter den Kulissen in Oldenburg“. Auf den Antrag des Stadtmagistrats Oldenburg bequeme sich dann die Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse Anklage zu erheben. Die Verhandlung fand jetzt vor dem Amtsgericht Oldenburg statt. Angeklagt waren der Arbeiter Kieselhorst aus Oldenburg sowie eine Reihe anderer völkischer „Größen“. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, Ende 1922 in Oldenburg und Hude durch drei selbständige Handlungen wider besseres Wissen öffentlich, in Beziehung auf einen andern eine unwahre Tatsache behauptet und verbreitet zu haben, welche denselben verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist.

1. indem er über den Oberbürgermeister Dr. Goerlich zu Oldenburg aus freier Erfindung heraus verbreitete, er ließe zwei in Ueberfluth lebenden Jüdinnen angemessene Wahlfahrtsunterstützungen zukommen; auch habe derselbe ihm (Kieselhorst), als er dem Oberbürgermeister dies vorgeworfen hätte, durch den Arbeiterrat Graeger 75 Milliarden Schweigegehalt geboten,

2. indem er ferner über den Bürgermeister Timmen zu Oldenburg wider besseres Wissen verbreitete, dieser ließe reichen Jüdinnen Wahlfahrtsunterstützungen zukommen, ihm (Kieselhorst) dem Arbeitslosen und Kriegsbeschädigten, habe er Unterstützungen glatt abgelehnt;

3. indem er über den Arbeiterrat Graeger zu Oldenburg aus freier Erfindung heraus verbreitete, dieser habe ebenfalls unter der Begründung, damit die Arbeiterkraft über die oben genannten Vorkommnisse nicht aufwühlend würde, und 45 Milliarden Schweigegehalt und Schmiergeld geboten und ihm eine angemessene Unterstützung zugesichert.

Der Angeklagte Kieselhorst, der zurzeit über drei Jahre Gefängnis wegen Urkunden- und Wechselräuberei verurteilt, erklärt ganz offen, daß die ganze Behauptung von Anfang bis zu Ende erlogen sei. Der deutschpöblische Privatlehrer Spangemacher hat als erster über die von Kieselhorst erzählte Geschichte ein Protokoll aufgenommen und an die übrigen Angeklagten weitergegeben. Da Kieselhorst in vollem Umfange geständig ist, wird auf eine Zeugniserhebung verzichtet. Das Urteil lautet für Kieselhorst auf 9 Monate Gefängnis und für die übrigen Angeklagten auf Geldstrafe von 100 bis 500 Mark.

Den Verleumdungen wird das Recht zuerkannt, auf Kosten der Verantwortlichen das Urteil im Bremer „Herold“, in der „Haber-Zeitung“ und in zwei Oldenburgischen Zeitungen bekanntzugeben.

So sehen die deutschpöblischen und nationalen Verleumder und ihre Hintermänner aus!

## Wo bleibt der Heimatschutz?

Aus den Kreisen sozialistischer Anhänger des Natur- und Heimatschutzes gehen uns folgende bemerkenswerten Ausführungen zu:

Mit dem Augenblick, wo Berlin den Ehrgeiz bekam, eine „Weltstadt“ zu werden, hatte es nur noch Sinn für die große Zahl, und je näher seine Einwohnerzahl der anderer Großstädte kam, desto stolzer blähten sich die Verkünder seines Ruhmes. Wie der einzelne und seine Familie dabei fuhr, war den Heiden der großen Zahl gleichgültig. Nur so konnte es geschehen, daß man sinn- und ziellos Häuser an Häuser baute und daß man ebenso sinnlos, ohne Plan und Vorbedacht, die neuen Straßen und Wohnviertel sich in das freie Land hineinstießen und dabei die vorhandene Naturschönheit wie durch einen Lanz einfach niedertrampeln ließ. Es würde eine jammervolle Auffstellung geben, wollte man alles das zusammenfassen, was im Lauf der Jahrzehnte auf diese Weise unnützig an Naturschönheiten in und um Berlin vernichtet worden ist. Von Zeit zu Zeit kam dann einmal, natürlich immer, wenn es zu spät war, ein zäher Protest eines bürgerlichen Natur- und Heimatschutz- oder Denkmalschutzvereins, und dann ging die große Waage ihren Vernichtungsweg weiter. So ist es, trotz mancher neuer Naturschutzgesetze, auch heute noch. Die Spandauer haben den wirklich nützigen und anerkanntswürdigen Plan, das ganze prachtvolle und von Berlinern wegen der schlechten Verbindung wenig bekannte Ufer von Spandau bis Sakrow als eine große einzigartige Uferpromenade zu erhalten, ein Vorhaben, wie keine andere Weltstadt ihn aufweisen könnte. Notwendig auch um dessentwillen, weil der stupide Kleinbürgerinn der ehemals kaiserlichen Berliner Stadtvorstände es zugelassen hat, daß der ganze Berliner Lauf der Spree zu einer einzigen Häßlichkeit wurde, daß mit einigen Ausnahmen die Berliner Spree unbeachtet und zwischen hohen Mauern dahinschießt, während man es leicht gehabt hätte, sie mit reizenden Parkanlagen und Promenaden durch die ganze Stadt zu begleiten. Wie das hätte gemacht werden müssen, sieht man am Spreeufer des Ranterswaldes. Die Spandauer nun sind modern genug, das, was Berlin bei der Spree veräumt hat, wenigstens bei der Hand nicht vernichten zu wollen. Und doch ist die Gefahr vorhanden, daß ihnen ihr Plan mißlingt, ganz einfach aus dem Grunde, weil wir Kreise unserer Verantwortlichen in Verwaltung und Rechtspflege weit mehr auf den Schutz und die Förderung des privaten Eigentums als auf die Förderung allgemeiner Interessen eingestellt sind. Wo aber, so muß man fragen, sind bei diesem großartigen Projekt die Männer und Frauen des Berliner Heimatschutzes? Oder sehen sie wieder einmal nicht die große Gefahr? Hier und da wird das Ufer der Havel bereits durch Privatbesitz unterbrochen. Es wird nicht leicht sein, auf der Havelseite um diesen Privatbesitz herumzukommen. Verhätet aber muß werden, daß nunmehr weitere private Grundstücke bis ans Wasser heran verkauft werden. Der Berliner Heimatschutz, dessen Zeitung sich noch ganz in bürgerlichen Händen befindet, hätte hier einmal Gelegenheit, seine Existenzberechtigung nachzuweisen, nicht indem er mal eine Eingabe macht, sondern indem er Seite an Seite mit Spandau für die Erreichung des Zieles kämpft. Die Friedrichshagener haben sich ihre herrliche Kügel zubaufen lassen, der Wannsee ist ganz brutal umgebaut worden. Hier und an den meisten übrigen Stellen der Groß-Berliner Seen und Flüsse kommt man nur unter Benützung der Restaurants an die Ufer. Ueberall herrscht der rücksichtslose Privatbesitz, von dem doch selbst Böllsche und Deutschnationalen belennen, daß er, als dem römischen Recht entsprungen, dem germanischen Wesen fremd sei. Da nun der nationale Einschlag in der Heimatschutzbewegung nicht gering ist, so könnte die Bewegung hier in der Tat einmal die in ihrem Sinn doch zweifellos germanischen Allgemeininteressen gegen die fremdenrechtlichen Privatinteressen verteidigen. Vorwärts also!

## War es ihr Bruder?

### Zu der Ermordung der Witwe Köhler.

Zu dem Frauenmord in der Beibitzstraße wird noch mitgeteilt: Die ermordete Witwe Büse Köhler stammte aus Samoluden und war 63 Jahre alt. Ihr Mann starb schon vor zehn Jahren. Vor 14 Tagen hörte ein Hausbewohner abends noch 9 Uhr vor den Fenstern jemanden rufen. Er fragte hinaus, zu wem er wolle. Der Mann erwiderte: Zu Frau Köhler. Von den Nachbarn verblüffert, sah nun die Witwe zum Fenster hinaus und sagte: „Ach, das ist ja mein Bruder!“ Sie ging dann hinunter, schloß auf und ließ den Mann hinein. Seitdem befiehlt sie ihn in ihrer Wohnung. Jetzt aber ist dieser Mann verschwunden. Frau Köhler wurde seit Sonnabend auch nicht mehr gesehen. Das fiel den Hausgenossen endlich auf und sie benachrichtigten gestern nachmittags die Polizei. Diese ließ durch einen Schloßler öffnen und fand die Vermisste in einem Teppich eingehüllt tot daliegen. Nur die Füße ragten aus dem Teppich heraus. Der Gerichtsarzt Professor Dr. Strauch stellte fest, daß die Frau, die ganz angekleidet war, zwei Schläge auf die rechte Schläfe und einen auf die Schädeldede erhalten hat. Die Hiebenden, die wahrscheinlich von einem stumpfen Werkzeug, vielleicht einem Hammer herührten, waren so tief, daß das Blut herausgespritzt kam. Der Mörder hat sich aber noch der Tat viel Zeit gelassen und alles aufgewischt. Nur auf der Decke eines kleinen Tisches, der am Fenster stand, fand man noch etwa 20 Blutspürer. Geroubt scheint nichts zu sein. Auf einem kleinen Ablabfischen, das neben Photographien auf einer Kommode steht, steht noch eine Brosche, die aus einem goldenen Zwanzigfrankenstück besteht. Die Ohrringe hatte die Ermordete noch in den Ohren. Frau Köhler hatte am Sonnabend, als man sie zuletzt sah, geäußert, daß sie nach Spremberg zu ihrem Sohne fahren wolle. Die Persönlichkeit des angeblichen Bruders, der die 14 Tage bei der Ermordeten gewohnt hat, ist noch nicht festgestellt. Mitteilungen zur Aufklärung nehmen die Kriminalkommissare Weigel und Johannes Müller im Zimmer 56 des Polizeipräsidiums, Hausamts 195 und 434, entgegen.

## Gegen das Knattern des Motors.

Ueber immer unerträglicher werdende Belästigung durch Geräusch im Verkehr mit Kraftfahrzeugen wird seit längerer Zeit lebhaft Klage geführt, namentlich über das laute Knattern der Kleintraffikräder. Der Preussische Minister für Handel und Gewerbe und der Minister des Innern geben deshalb in einer Verfügung an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin ein Schreiben des Reichsverkehrsministers weiter, worin sie, dem Amfischen Preussischen Pressedienst zufolge, ersuchen, auf die gewissenhafte Beachtung der für Kraftfahrzeuge gegebenen Vorschriften mit Rücksicht hinzuwirken und gegen Ueberschreitungen einzuschreiten. In dem Schreiben des Reichsverkehrsministers wird auf die gesetzlichen Bestimmungen hingewiesen, wonach die Kraftfahrzeuge so beschaffen sein müssen, daß jede vermeidbare Belästigung von Personen und Gefährdung von Fuhrwerken durch Geräusche usw. ausgeschlossen ist. Die Ausführung der Verbrennungsgänge bei Explosionsmaschinen hat unter Anwendung ausreichender schalldämpfender Mittel zu geschehen. Der Führer ist insbesondere dazu verpflichtet, Sorge zu tragen, daß eine nach der Beschaffenheit des Kraftfahrzeuges vermeidbare Entladung von Geräusch in keinem Falle eintritt; das Deffnen von Auspuffklappen innerhalb geschlossener Ortschaften ist verboten. Die Reinhaltung der Straßen von den Auspuffgasen der Autos ist zudem eine dringende Notwendigkeit der allgemeinen Volkshygiene. In Berlin sind die Verhältnisse bereits so weit gediehen, daß sie nicht mehr länger ertragen werden können und die Vergiftung der Luft durch

Automobilgase macht es zu einer Unmöglichkeit, z. B. im Biergarten noch irgendeine Erquickung zu finden. — Am Schlusse heißt es, daß die Beseitigung dieser Unmuth im Interesse der weiteren Entwicklung dieses wichtigen Verkehrsgebietes selbst gelegen ist.

## Wieder ein Straßenbahnunfall.

### Sechs Personen verletzt.

In geradezu auffälliger Weise mehrten sich in der letzten Zeit die Straßenbahnunfälle ernstester Art. Wenn das etwa mit einer Ueberanstrengung des Fahrpersonals im Dienst — anders kann man sich das kaum erklären — zusammenhängen sollte, so hätte das die Straßenbahn benutzende Publikum alle Ursache, von der Straßenbahndirektion eine schnelle Aenderung dieser Zustände zu verlangen. Auch die Aufsichtsbehörden seien auf diese ständig zunehmende Gefährdung des die Straßenbahn benutzenden Publikums verwiesen.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahnwagen der Linien 56 und 11 ereignete sich Montagabend gegen 9 Uhr auf der Kreuzung Invalidenstraße—Neues Tor. Angeblich infolge Verlassens der Bremsen eines der Wagen stieß dieser mit voller Gewalt auf den anderen, so daß die Vorderplattform des ersten Wagens des Straßenbahnzuges 56 vollständig zertrümmert wurde und der Wagen abgekippt werden mußte. Von den Insassen der beiden Elektrischen sind insgesamt 6 Personen mehr oder weniger schwer verletzt worden, und zwar ein Fräulein Mary Humbsch aus Buch, Schildowstr. 73, der Kaufmann Gustav Tod aus der Paulstr. 10, ein gewisser Theodor von Rajenawski aus der Wittloder Straße 50, Frau Luise Krüger aus der Reuchlinstraße, Karl Klieeme aus der Wilsingerstraße 8 und Fräulein Rose Gdberit aus der Garkstr. 112. Tod und Frau Krüger mußten nach der Charité geschafft werden, da der erstere schwere Kopfverletzungen, die letztere einen Nervenschuß und schwere Beinverletzungen davongetragen hatten. Die anderen vier Personen foranien nach Anlegung von Verbänden in der nächsten Rettungsstelle in ihre Wohnungen geleitet werden.

## Unsere alte Fahne rot ...

Aus Brandenburg a. d. H. wird uns geschrieben:

Von alten Parteifreunden ist seitens im „Vorwärts“ wiederholt die Rede gewesen. Die Brandenburger Genossen fühlen sich veranlaßt, der Vollständigkeit halber ergänzend mitzuteilen, daß auch in Brandenburg (Havel) die alte, im Jahre 1872 gestiftete Parteifahne noch existiert und daß die Brandenburger Parteigenossen bereits am 9. Juli 1922 das 50jährige Jubiläum ihrer Fahne gefeiert haben. Die Fahne ist der Partei auch während des Sozialistengesetzes, trotz vieler Nachforschungen seitens der Polizei, erhalten geblieben. Im Jahre 1891 gab diese Fahne sogar Veranlassung zu einer besonderen Parteierordnung, wonach rote Fahnen, deren Entfaltung als Demonstration gegen die bestehende Ordnung zu wirken bestimmt oder geeignet ist, im Polizeibezirk Brandenburg weder öffentlich sichtbar befestigt noch geführt werden dürfen. Zumindehandlungen sollten mit 30 M. Geldstrafe geahndet werden. Die Fahne der Partei wurde beschlagnahmt. Die Partei klagte da gegen bis zum Oberverwaltungsgericht, aber noch bevor die Klage entschieden war, ließ die Polizeiverwaltung unserem Vertrauensmann Schneider die Fahne wieder zustellen. Die Partei hat sich an die Polizeierordnung wenig gehalten, und auch die Polizei scheint von ihrer Rechtsgültigkeit wenig überzeugt gewesen zu sein. Als 1897 zwei Genossen auf Grund der Verordnung Strafmassate erhielten, erfolgte gerichtliche Freisprechung. Die Rechtsgültigkeit der Verordnung wurde in Zweifel gestellt.

Emil Boeske, der frühere langjährige Kassierer und Sekretär des Verbandes sozialdemokratischer Arbeitervereine Berlins und Umgebung, ist, wie wir schon bei Redaktionschluss erfahren, in den vergangenen Nacht verstorben.

Ferienspiele für Schulkinder. Das Bezirksamt Kreuzberg teilt mit: Die städtischen Spielplätze „Am Urban“ und „Kath. Hachstraße“ sind ab 14. Juli c. bis zur Beendigung der Ferien täglich von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

Die Stelle eines Dezenten für das Berufs- und Fachschulwesen (Magistratsobersekretär), die besetzt werden soll, gibt der Magistrat im Gemeindeblatt vom 20. Juli 1924 bekannt. Die Besoldung erfolgt nach Gruppe XIII des staatlichen Gruppenschemas. Mitteilungen von Bewerbern sind bis zum 1. Sept. m. B. 1924 an die Deputation für Schulwesen, Abteilung III, eingzureichen. Näheres ergibt die Bekanntmachung im Gemeindeblatt.

Verkaufte Reichsbannerleute. Vier junge Leute, die dem „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ angehören, wurden gegen 9 1/2 Uhr abends in der GutsMuth-Str. in der Stadtteil Wedding durch etwa ein Duzend junger Burschen, die sich selbst als Kommunisten bezeichneten, überfallen und misshandelt. Als Polizeibeamte eintrafen, waren die Angreifer bereits verschwunden. Offenbar hatten die Kommunisten geglaubt, Bismardhändler vor sich zu haben.

Zum Prozeß gegen die jugendlichen Totschläger. Wegen des Urteils, das Max Pappe zu sechs Jahren Gefängnis und seiner Bruder Kurt Pappe zu drei Jahren Gefängnis (durch einen Telephonfehler war irrtümlich Zuchthaus angegeben worden) hat R.-A. Dr. Max Kantorowicz für den jüngeren Kurt Pappe Verurteilung eingelegt, da dieser bei der Behauptung verbleibt, daß es an der Tat nicht beteiligt gewesen sei. Der Fall wird daher voraussichtlich vor der großen Strafkammer des Landgerichts I noch einmal zur Verhandlung kommen. — Gegen Jugendliche kann nur auf Gefängnis erkannt werden.

Ein Mordversuch rief gestern abend in der Böhmische Straße einige Aufregung hervor. Ein 37 Jahre alter Kaufmann Arthur Ehrenberg aus der Senefelderstr. 27 versuchte in der letzten Zeit wiederholt, seine 31 Jahre alte Frau Ella, die getrennt von ihm in der Böhmische Straße 9 wohnt, zur Rückkehr zu bewegen, hatte damit aber keinen Erfolg. Gestern abend um 8 1/2 Uhr lauerte er ihr auf dem Stur des Hauses Böhmstr. 9 auf und gab nach kurzen Wortwechsel einen Revolvererschuss auf sie ab. Die Frau schlug die Waffe hoch, so daß die Kugel sie sehte und in die Decke ging. Ehrenberg entfloht, wurde aber auf ihre Hüftwurde verfolgt, bald ergriffen und der Kriminalpolizei vorgeführt.

## Ein siebzehnjähriger Mörder.

Die Münchener Polizei sabdnet nach dem 17-jährigen Gymnasialknaben Köhler. Dieser steht im dringenden Verdacht, den Studienrat Dr. Herz bei Verhaftung ermordet zu haben.

Drei Todesurteile. Vor dem Schwurgericht Münster standen der Arbeiter Struß, der Bergmann Reiffe und die Mutter des erstgenannten, Frau Struß. Auf Anstiftung der Frau hatten die beiden erstgenannten den Chemann Struß, der gegen Frau und Kinder sehr gewalttätig gewesen war, ermordet. Das Urteil lautete gegen alle drei auf Todesstrafe.

Ein deutscher Dampfer untergegangen. Wie gemeldet wird, ist der Oldenburgische Dampfer „Schill“ mit 13 Mann Besatzung im Atlantischen Ozean untergegangen. — Aus Tokio kommt die Nachricht, daß am 11. Juli der Frachtdampfer „Matsujama Maru“ auf der Höhe der Botoininsel gescheitert ist, wobei 57 Personen ertranken.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Warm mit anhaltender Gemütsneigung. Deutschland: Ueberall warm, im Osten ziemlich heiter, im Westen und Süden zahlreiche Gewitter.

# Gewerkschaftsbewegung

## Größere Produktion bei verkürzter Arbeitszeit.

Wie die Unternehmer, wenn sie gezwungenermaßen bei verkürzter Arbeitszeit produzieren, sich selbst das Verdienst für die gesteigerte Arbeitsleistung zuschreiben, dafür ist die Heußerung eines der führenden englischen Zedenbesitzer, die wir dem „Labour Press Service“ entnehmen, bezeichnend. Danach sagte Herr Evan Williams:

„Unter ungeheuren Schwierigkeiten, die noch verschärft wurden durch die inneren und äußeren Bedingungen des Handels, durch die fortgesetzten Forderungen auf höhere Löhne ohne gesteigerte Produktion seitens der Bergarbeiter und durch die fortgesetzte politische Einmischung, ist es den Zedenbesitzern gelungen, die ausländischen Märkte wieder zu gewinnen, die zeitweise verloren waren oder ausgegeben wurden. Es ist ihnen gelungen, durch verbesserte Methoden und große Kapitalanlagen bei einer Siebenstundensarbeit das Förderungsergebnis wesentlich über die höchste Förderung vor dem Kriege zu steigern, als die Achtstundensarbeit bestand.“

In dieser Behauptung liegt zwar ein offensichtlicher Widerspruch. Ohne eine gesteigerte Arbeitsleistung durch die Bergarbeiter kann selbstverständlich das Ergebnis der Kohlenförderung nicht gleichzeitig gesteigert werden. Aber das Eingeständnis, das in dieser Behauptung liegt, wonach trotz der Siebenstundensarbeit das Förderungsergebnis über das vor dem Kriege gesteigert wurde und daß trotz der Lohn-erhöhungen die Abgabebereiche zurückerobert werden konnten, ist wertvoll genug, um es zu unterstreichen. Wir wollen es ganz besonders deshalb hervorheben, weil die Arbeitsbedingungen in den englischen Kohlenruben im Durchschnitt durchaus nicht günstiger liegen als in den deutschen Bergwerken. Wenn es also in England gelungen ist, bei erhöhten Löhnen und verkürzter Arbeitszeit günstigere Ergebnisse als vor dem Kriege zu erzielen, so dürfte das auch in Deutschland nicht unmöglich sein.

## Die Dienstzeit der Eisenbahner.

### In England und in Deutschland.

Der Kongreß des englischen Eisenbahnerverbandes (R. U. R.), der kürzlich in York stattfand, war vornehmlich von zwei Fragen beherrscht: dem Washingtoner Abkommen über die Arbeitszeit und der Nationalisierung der Eisenbahnen. Von diesen beiden Fragen wiederum war es die erste, die den breitesten Raum in den Verhandlungen einnahm. Hierbei wurde das Washingtoner Abkommen von allen Rednern und namentlich dem Generalsekretär des Verbandes, C. L. Cramp, einer heftigen Kritik unterzogen. Der hauptsächlichste Einwand besteht darin, daß es die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen der englischen Eisenbahner insofern bedeutend verschlechtern würde, als die 48-Stundenwoche im englischen Eisenbahnbetrieb heute nur die sechs Wochentage umfaßt, während jede Sonntagsarbeit einer besonderen Regelung unterworfen ist und mit einem erheblichen Aufschlag vergütet wird.

Die Cramp in seiner Rede bemerkte, hat er den englischen Arbeitsminister Tom Shaw auf diese Auswirkungen des Washingtoner Abkommens aufmerksam gemacht und auf die Notwendigkeit hingewiesen, bei der bevorstehenden Ratifizierung eine die englischen Eisenbahner schützende Klausel einzufügen oder aber die Sonntagsruhe im Eisenbahnbetrieb durch eine besondere Verordnung festzulegen, doch scheint in den Kreisen der englischen Regierung weder für das eine noch für das andere Geneigtheit zu bestehen. Cramp hat dem Arbeitsminister daraufhin zu erkennen gegeben, daß sich das englische Eisenbahnerpersonal unter keinen Umständen bereitfinden wird, die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen preiszugeben.

Die sehr Cramp hiermit dem Willen des Eisenbahnerpersonals Ausdruck gab, geht aus der mit Einstimmigkeit erfolgten Annahme einer ganz im Sinne der Cramp'schen Ausführungen gehaltenen Resolution hervor. U. a. wird in dieser Resolution erklärt: „Wir bestätigen, daß jeder Versuch zur Einführung der in dem Washingtoner Abkommen enthaltenen Bedingungen, soweit hierdurch der garantierte Arbeitstag und die garantierte Arbeitswoche, unabhängig von der Sonntagsarbeit, beeinträchtigt und die bisherige Berechnungsart der Überstunden auf Grund jedes einzelnen Arbeitstages aufgehoben wird, den vereinigten Widerstand der Mitglieder der R. U. R. auslösen wird.“

Wir erkennen an, daß die Bestimmungen des Washingtoner Abkommens unorganisiert oder schlecht organisierten Arbeitern speziell in rückständigen Industrien von Vorteil sein mögen und sind bereit, jede Maßnahme zu unterstützen, die uns nicht um Bedingungen bringt, die wir in jahrelangen gewerkschaftlichen Anstrengungen erreicht haben.“

Hierzu ist noch besonders zu bemerken, daß die englischen Eisenbahner Privatbahnen sind, worauf sich auch der 2. Punkt der Tagesordnung bezieht, der auch zur Annahme einer Entschädigung im Sinne einer demokratisierten Verstaatlichung führte. Es ist also diesen Privatbahnen möglich, ihrem Personal die 48-Stundenwoche innerhalb sieben Arbeitstagen zu garantieren, wobei die unvermeidliche Sonntagsarbeit einer höheren Bewertung unterliegt. In Deutschland aber hat die hohe Bureaucratie unter dem Druck der Privatindustrie und weil es für sie so viel bequemer ist, unter Ausnutzung der Inflationskräfte den Achtstundentag der Eisenbahner beeinträchtigt. Diesen Achtstundentag werden sich die Eisenbahner zurückholen.

## Nachwort zur Lohnbewegung in den Verkehrsbetrieben

Die Lohnbewegungen im Berliner Verkehrsgewerbe haben zurzeit ihr Ende erreicht. Schneller als man annahm, wurde der Konflikt aus der Welt geschafft; sei es durch Schiedspruch oder freie Vereinbarung. Letzteres gelang nur bei der Straßenbahn, während für die Hochbahn- und Omnibusbetriebe erst ein Schiedspruch den Frieden herstellte.

Für das Straßenbahnerpersonal wurden in freier Vereinbarung Löhne erzielt, die sich zwischen 67 und 41 Pf. (nach dreimonatiger Beschäftigung) und zwischen 70 und 42 Pf. (nach sechsmonatiger Beschäftigung) gruppierten. Verheiratete Arbeit-

nehmer mit eigenem Hausstand erhalten noch eine Frauenzulage von 3 Pf. und eine Kinderzulage von ebenfalls 3 Pf. Die Stundenhöchstlöhne betragen demnach für Verheiratete mit einem Kinde: Handwerker: 68 und 70 Pf., Fahrer im Post-, Güter- und Rangierdienst 61 und 64 Pf.; Schaffner 59 und 61 Pf.; angeleitete Arbeiter: 59 und 61 Pf.; ungeleitete Arbeiter 53 und 54 Pf. Von diesen Löhnen gehen Abzüge für Krankenkasse, Steuern, Erwerbslosenbeitrag, Ruhegehaltskasse, Kleiderabnutzung ab.

Wenn nun auch der soeben abgeschlossene Lohnvertrag gewiß nicht allen Forderungen und Wünschen entspricht, so bedeutet der Abschluß doch einen immerhin annehmbaren Erfolg. Wurden doch noch zu Anfang dieses Jahres, ja selbst noch bis April, Mal von der Straßenbahn Löhne gezahlt, die jeder Beschreibung spotten. Daraus erklärt sich auch, warum die Straßenbahngesellschaft in der Lage ist, soviel Erneuerungs- und Reparaturarbeiten vornehmen zu lassen. Die Regelung der Arbeitszeit für das Fahrpersonal bildet ein Kapitel für sich. Die Klagen des Personals über unzureichende und unbezahlte außerdienstliche Beschäftigung sind noch längst nicht verstummt. Die Arbeitszeitregelung ist ein Kapitel, das noch einer sorgfältigen Prüfung und Revidierung bedarf.

Für das Berliner Omnibuspersonal ist sogar eine 9½ stündige Arbeitszeit festgelegt. Die Fahrzeiten sind kurz bemessen. In Wirklichkeit dehnt sich oft der Dienst über 10 und 11 Stunden aus. Der Schiedspruch vom 17. Juli sieht eine Lohnaufbesserung von 40 Pf. für Fahrer, 25 Pf. für Schaffner und 20 Pf. für die übrigen Arbeiter vor. Demnach erhalten Fahrer einen Einstellungslohn von 5,55 M., Schaffner 4,80 M. und die übrigen Arbeiter durchschnittlich 4,45 M. pro Tag. Erst nach fünfjähriger Dienstdauer erhöhen sich diese Sätze. In den Omnibusbetrieben wird besonders viel mit Aus- hilfskräften gearbeitet, die nach einiger Zeit wieder rückwärts- los aufs Pflaster geworfen werden. Die Behandlung des Personals (auch bei der Hochbahn!) läßt viel zu wünschen übrig. Behren sich dagegen die Arbeitnehmer, dann wird ihnen erklärt, daß ja Tür und Tor offen ständen, sie können ja gehen!

Der Verkehrsverbund ist nun bemüht, Änderungen im Sinne des Personals durchzuführen. Wenn es bisher nicht im größeren Maßstabe gelungen ist, so liegt es daran, weil große Teile der Verkehrsangehörigen noch der Organisation fernstehen. Die im Verkehrsverbund organisierten Arbeitnehmer der Verkehrsbetriebe haben nun die Pflicht, in Betriebsversammlungen und Werkstattheftungen den Organisationsgedanken durchzuführen. Hier ist ein dankbares Tätigkeitsfeld für die Betriebsvertrauensleute. Nur in der Solidarität und Kollegialität auf dem Boden der freien Gewerkschaftsbewegung ruhen Kraft und Stärke. Haben die Arbeitnehmer der großen Berliner Verkehrsbetriebe diesen Gedanken begriffen, dann werden die nächsten Lohnabkommen den Dienstverhältnissen und der Lebenshaltung des Omnibus-, Hoch- und Straßenbahnerpersonals mehr Rechnung tragen.

## Zur Aussperrung bei Schebena.

In der vorigen Woche haben auf Anregung von Gewerbetätigen mehrere Verhandlungen zwischen den Vertretern der Aussperrten und der Firma stattgefunden. Zur ersten Besprechung entsandte die Firma einen Vertreter, der aber mit so geringen Vollmachten ausgestattet war, daß eine Verhandlung nicht zustande kam. Gewerbetätige Körner schlug nunmehr vor, am Mittwoch vor dem Schlichtungsausschuss zu verhandeln, um zu versuchen, den Streitfall aus der Welt zu schaffen. (Es handelte sich bei der Firma, wie bereits mitgeteilt, darum, daß sich die Belegschaft Akkordpreiszulage nicht gefallen ließ.) Direktor Hoppe lehnte es aber ab, vor dem Schlichtungsausschuss zu erscheinen. Er forderte jedoch die Verbandsvertreter auf, am Freitag zu direkten Verhandlungen zu kommen, und stimmte nach anfänglicher Weigerung auch schließlich zu, daß alle Organisationen vertreten seien. In der Verhandlung verteidigte die Firma die Auffassung, daß sie den Betrieb unter keiner Bedingung im alten Umfange wieder aufnehmen könnte. Es müsse eine vollständige Umstellung erfolgen, deshalb könnten vorerst nur etwa 100 Mann von den 550 Aussperrten eingestellt werden. Ob und in welchem Maße eine Erweiterung des Betriebes möglich sei, könnte zurzeit absolut noch nicht gesagt werden. Auch der Betriebsrat sei erledigt, es kämen auch in Zukunft keine Zugeständnisse an die Betriebsvertretung in Frage. Die Firma bestand also auf ihrem Herrenstandpunkt. Es macht sich immer mehr bemerkbar, daß es die Direktion nur auf die Befriedigung der Teile der Belegschaft abgesehen hat, die bisher ihre Interessen konsequent vertreten haben.

Eine Vermählung der Aussperrten beschloß, die Bedingungen der Direktion abzulehnen und den Kampf fortzusetzen.

Vertrauensleute der Metallindustrie! erinnert die Kollegen an die am Freitag stattfindende Mitgliederversammlung im „Deutschen Hof“, Ludowikstraße, abends 7 Uhr. Wegen der Konto-Zahlung am 22. d. Mts. wird am Donnerstag, den 24. d. Mts., von 4 bis 7 Uhr, eine Sprechstunde eingelegt, in der wir nach Möglichkeit abzurechnen bitten, damit die Freitagversammlung einen ungehinderten Verlauf nehmen kann.

# Wirtschaft

## Mißstände bei Brennholzversteigerungen.

Aus Kreisen des Holzhandels wird uns geschrieben: Bei den in letzter Zeit stattgefundenen Versteigerungen von Brennholz aus Staatsforsten mußte wiederholt die Wahrnehmung gemacht werden, daß das dort geübte Geschäftsgebahren jeder Beschreibung spottet. Es liegen mehrere Fälle vor, wo das Holz erst nach dem Aufsehen geschäft worden ist, daher auch ein Untermas, teilweise gar nicht gering, aufwies.

Bei dem am 16. d. M. in Friedersdorf zur Versteigerung stehenden Holz mußte festgestellt werden, daß die einzelnen Holzstapel im Durchschnitt statt 1 Meter Höhe nur 75–80 Zentimeter, teilweise sogar nur 60 Zentimeter aufwiesen. Trotzdem wurde der Lagerpreis, ungeachtet des Untermasses, für 1 Raummeter auf 7 Goldmark festgesetzt. Den Verlust infolge Untermasses sollte also Käufer tragen. Bei einer Durchschnittsberechnung von 75 Zentimeter Höhe würde also der Preis für 1 Raummeter, da es sich in Wirklichkeit ja nur um Dreiviertel Raummeter handelt, nicht

7, sondern 9,40 Goldmark betragen; vor dem Kriege 3–4 Goldmark per Raummeter. Da sich zu diesem Preise keine Käufer fanden, rief der die Auktion leitende Forstmeister telephonisch die Regierung Potsdam an und erhielt dann die Erlaubnis, den Preis bis auf 5,30 Goldmark erniedrigen zu dürfen. Auch zu diesem verbilligten Preise fanden sich keine Käufer, da sich jeder des Risikos bei Kauf bewußt war.

Rebenbei ist zu bemerken, daß das Holz zumindest schon im April d. J. geschlagen ist, also bereits längst verkauft sein konnte. Da es sich hier um Staatsforsten handelt, ist dieses Vorgehen besonders unbegreiflich. Jeder einzelne Holz- und Kohlenhändler in Berlin muß seiner Kundenschaft, wenn 1 Raummeter Holz verlangt wird, auch wirklich 1 Raummeter liefern, andernfalls ihm sofort die Wucherpolizei auf den Fersen folgt. Der Staat, um den es sich hier handelt, legt sich einfach über alle Bedenken und auch über das Wucherergesetz hinweg.

Jedenfalls wird durch derartige Geschäftspraktiken ein Preisabbau für Brennholz zur Unmöglichkeit. Solange der Staat als Lieferant des Holzes nicht einigermaßen annehmbare Preise für Brennholz festsetzt, ist es jedem Händler unmöglich, seine Verkaufspreise herabzusetzen.

Wir müssen die Richtigkeit der Schlussbemerkung unseres Einleiters, die sich auf den Preisabbau bezieht, dahingestellt sein lassen. Trotzdem halten wir es für erforderlich, daß die preussische Forstverwaltung die gerügten Mißstände einmal nachprüft und für schleunigste Abhilfe sorgt. Es geht nicht an, daß man den Händlern es geradezu erleichtert, den Preisabbau zu unterlassen und sich bei ihren Forderungen noch auf den Staat zu berufen.

Noch immer weniger Konkurrenz als vor dem Kriege. Trotz der Aufhebung der Geschäftsaufsichtsverordnung war im Juni die Zahl der Konkurrenz immer noch niedriger als vor dem Kriege. Das reichsstatistische Amt stellt für den Monat Juni 596 Konkurrenz gegen 326 im Mai, 139 im April und 35 im Monat Juni 1923 fest. Der Monatsdurchschnitt 1913 belief sich auf 815.

„Aus Gründen der Selbsterhaltung.“ Die deutsch-österreichische Eisenindustrie führt seit langem einen hartnäckigen Kampf um Ermäßigung der allgemeinen Tariffüsse sowie auf Wiedergewährung ähnlicher Ausnahmetariffe, wie sie im Frieden bestanden haben. Begründet wird die Forderung durch die geographische Lage Österreichs, das im Erz- und Koksbezug auf Schweden, das Siegerland, Mitteldeutschland und Niederösterreich angewiesen ist. Bis jetzt sind die Bemühungen am Widerstand der Reichsbahn gescheitert. Die Eisenindustrie erklärt deshalb, „aus Gründen der Selbsterhaltung die Löhne abbauen zu müssen“, trotzdem sie die traurige Lage der Arbeiterschaft anerkennt. Sie bietet damit ein klassisches Beispiel für die Abwägung der Lasten ausschließlich auf die Schultern der Arbeiterschaft, die sich „aus Gründen der Selbsterhaltung“ dagegen zu wehren wissen wird.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Artur Calernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schiffmann; Verleger: Walter Trause; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

## Gewinnliste

### 23. Preussisch-Süddeutscher (249. Preuss.) Klassen-Lotterie

6. Klasse 21. Juli 1924

Chae Gedöhr, Radbrunn verbeiren

1 Gewinne zu 10 000 RM 7878

6 Gewinne zu 5 000 RM 130325 130735 176425

130625 200425 212735

6 Gewinne zu 3 000 RM 61335 77275 137375 153625

197925

12 Gewinne zu 2 000 RM 7735 60925 67475 95125

158025 180525 241025 240075 271275 287075 280125

291675

21 Gewinne zu 1 000 RM 5878 17578 30125

30425 45475 48325 51275 67325 73725 87325 90325

110925 123825 202875 200725 214875 230875 245275

258875 265875 261825 270225 272075 273475 281825

286825 288875 292425 292225 298775

88 Gewinne zu 500 RM 4278 6378 12025 12278

12778 21678 21878 23225 23225 29925 32925 42978 48678

53478 59578 60478 77378 83925 89425 91978 94125

94478 95678 104425 106625 108378 108978 109025

111325 115478 115925 116478 121325 122278 125925

126025 128378 133378 133778 134625 137278 140525

141578 157025 157825 167078 195325 215178 22278

185978 186625 189225 191778 194225 195278 201725

201778 208925 210725 211978 215778 217325 219225

220678 221525 234325 238378 230225 230725 234278

243225 248225 249725 255378 256278 258025 260978

268425 269825 287525 279225 279125 285478 285825

288625 290378 294825 297225 299525

221 Gewinne zu 300 RM 478 725 3078 5378 6378

7225 7325 7625 8578 9525 11978 17978 18278 18878

20025 22425 24578 26225 29925 27278 27925 28378

30078 32525 34725 34878 34978 35178 35925 36478

39725 40078 40525 43125 43878 45425 47178 47478

48078 48278 49478 50278 51178 52425 53878 53878

54425 55078 55825 56078 56178 56878 56825 57425

57578 57725 77025 79878 79925 79978 79978 83025

83178 83425 84125 86378 88425 90778 91525 91578

92025 93625 94078 95325 97025 98225 98378 103178

104478 105025 105478 106478 107878 111425 112925

118425 114325 117178 120178 120625 122525 123378

123825 124325 125025 125425 127025 127225 128478

130825 130978 134425 134478 135078 135678 139625

141778 143578 143825 144178 145878 146878 149125

149625 150378 151925 152225 152378 154025 154478

156578 159425 159978 161378 162025 163625 164425

164678 164825 169125 167425 167978 168478 169278

171025 171778 172578 173378 179025 180325 185325

187025 187825 187878 190878 191078 191825 191978

193525 198425 197125 197878 198025 200878 201478

201978 203578 203978 204025 208878 208878 212825

212878 212978 213578 215225 216825 217478 222725

223125 223925 225178 22778 228078 228278 22878

230178 232925 234325 234378 236278 245225 245225

247025 242978 245125 246525 248278 248778 251225

252078 252825 254778 256525 252478 262878 263178

263378 285225 286225 287178 289825 289825 293725

272178 273878 278825 276125 278778 280025 291425

284825 287078 288825 290078 291225 291425 291625

293325 297125 298378

Bei alle Zahlen von 1 bis 300 000, die auf die Zahlen 25 und 75 enden und nicht mit einem höheren Gewinn gezogen wurden, entfällt der Gewinn von 150 RM.

**Damen-Konfektion**  
erhalten Sie bei boque mater Teilzahlung  
von nur **2.-**  
wöchentlich  
jetzt auch direkt aus der Fabrik  
**O. Wollburg, Brunnenstr. 56-57**  
Kredit-Abteilung

Reinwollene schwere  
**Strickwesten . . . . 8.75**  
**Strickjacken, lange 17.-**  
Qualitätsware — solange Vorrat.  
Alle anderen Strickwaren wirk-  
lich billig! — Nur Einzelverkauf!  
**Bruno Richter & Co.,** Fabr.-Ndlge.  
Thüring. Wollwaren — Hin-Pankow  
Münsterstr. 3, Ecke Breite-Str.

**Sternzwirne, Näh- / Zwist / Ischias**  
Sofort lieferbar, Gummiwand, Röhme, Centel  
u. f. Rutzwaren, weit unter Tagespreis  
**Gönsler, Deutschstr. 15, Wetzlar 6380**

**Wohnungsaussch**  
am schnellsten durch eine Anzeige im  
**Groß-Berliner Wohnungsanzeiger**  
als einzige Spezialzeitung für möblierte  
Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen  
Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden  
Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht.  
Verbund mit d. „Gr.-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der  
Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe  
Bei allen Zeitungshändlern und Kiosken zu haben.  
Verlag und Hauptauslieferungsort:  
**Zeitungsverlage (Z.V.) Aktiengesellschaft**  
Jerusalemstr. 36 — Fernsprecher: Dönhoff 3310-3312

**Zähne 1 2 G.-M. Teilzahlung**  
festatlet b. -l. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von  
1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. rsatz-  
kronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gummiplatte v.  
3 G.-M. an. Zahn. mit Beißüb. 1 G.-M. b. Bestellg.  
von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis.  
1 Jahre weitgehende Garantie. Über 20 000 Gebisse zu  
vollsten Zufriedenheit geliefert.  
**Matwand, Danziger Strasse 1, Ecke Schön-  
hauser Allee.**  
Vorzeiger 10% Rabatt.

**TRAURINGE**  
in jed. Größen Qualität, stets  
vorrät, nur bill. Preisberechn.  
**M. Dinse, Juwelier**  
Lichtenberg, Frankf. Allee 202  
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichs!  
Teleph. Lichtenberg 3327

**Sommersprossen**  
und  
Sonnenbrand  
verhütet  
**Jeozon-Creme**  
Zu haben in Apotheken und Drogerien  
**Kopp & Joseph**  
Fabrik: Berlin W. 37, Lützowstrasse 106.

**Besonders wirksam**  
sind alle  
„KLEINEN ANZEIGEN“ in der  
Gesamtausgabe des **billig!**  
Vorwärts, trotzdem